

Kafkaeske im Fake-State

Halbwahrheitsministerien und Halbwahrheits-Opium fürs Volk

Eine „Bundesumweltbroschüre“ auf dem Röntgentisch

Jörg Rehmann

„Durch Energieerzeugung, Industrie, Landwirtschaft und Verkehr gelangen Treibhausgase wie Kohlendioxid, Methan oder Lachgas in die Luft und reichern sich dort an. Die rapide Zunahme von Treibhausgasen in der Atmosphäre führt zur Erwärmung des Klimas. Wenn es nicht gelingt, diese Emissionen entscheidend zu mindern, wird sich das Klima innerhalb kurzer Zeit stark ändern.“

Jedem halbwegs vernünftigen Menschen dürfte einleuchten, dass diese Darstellung zumindest weitestgehend glaubwürdig ist. Den meisten Menschen weltweit dürfte inzwischen auch klar sein, dass sich um die Klimadebatte ein Konflikt entwickelt hat. Und wie immer bei Konflikten gibt es meist eine „Kernzone“ von Fakten, die unstreitig sind. Doch die Gefahr liegt in der Mischung unstreitiger Fakten, die jeder überprüfen kann, – und im Zusatz unsicherer Behauptungen. Agenten und V-Leute lernen diese Methode vor allem, wenn es darum geht, eine glaubwürdige Legende für einen verdeckten Ermittler aufzubauen. Die Praxis mit „halben Wahrheiten“ ist gängiger Bestandteil bei der Einführung verdeckter Ermittler in Zielgruppen. Wenn die Zielperson, auf die ein Agent angesetzt ist, einige objektiv überprüfbare Fakten über dessen Glaubwürdigkeit erkennt, schenkt sie anderen Aspekten weniger Beachtung – und fällt auf den „falschen“ Ermittler rein. So ist es auch beim Konflikt um die Klimatheorie.

Ausgerechnet ein „linker“ Filmmacher enttarnt die Klima-Halbwahrheit

Der Filmmacher Marijn Poels hat auf der Berlinale 2017 einen bemerkenswerten Film vorgestellt. In „The Uncertainty has settled“ hat Poels die führenden Wissenschaftler unter anderem zum Thema Klimatheorie befragt. Sehr deutlich beschreibt darin unter anderem der deutsche Klimaforscher Prof. Hans von Storch das Dilemma. Es gibt einen Kern von Erkenntnissen, die wirklich weithin als gesichert gelten und weder von Befürwortern noch Kritikern der Klimatheorie angegriffen werden. Sie sind unstreitig. Danach gibt es tatsächlich eine signifikante Klimaerwärmung seit Beginn der Aufzeichnungen vor etwa 150 Jahren. Doch schon bei der Frage, wie groß der Anteil des Menschen an diesem Phänomen ist, fällt die Reihe der Fachmeinungen deutlich auseinander. Allein die Zeitspanne der menschlichen Aufzeichnungen von 150 Jahren ist für die sichere Einschätzung globaler Phänomene viel zu kurz. Doch Hans von Storch macht ganz klar, dass es nicht um die Frage „Verleugnung oder Zustimmung“ gehen kann, denn die Folgen der Erwärmung sind ebenso unstreitig mess- und feststellbar. Es bestünde also Handlungsbedarf, denn die menschliche Spezies verbrauche ganz eindeutig mehr Ressourcen, als der Planet durch Regeneration wiederherstellen könne. Eine Zwischenbilanz dieses Szenarios wäre also: der Kern der Klimatheorie ist sicher, und außen herum gibt es noch Unsicherheiten, divergierende Meinungen, Forschungs- und Diskussionsbedarf. – So what?

Wie Demokratieabbau mit Klima funktioniert

Seit Jahrhunderten betreiben Menschen Forschung, und der Umgang mit Hypothese, These, Gegenthese, Beweis und Gegenbeweis ist weltweit beste wissenschaftliche Praxis. Warum also verläuft die Auseinandersetzung um die Klimatheorie so vehement? Nicht erst der Filmmacher Marijn Poels hat

herausgefunden, dass vor allem wirtschaftliche Interessen dafür verantwortlich sind, dass mit gelenkten Informationen Märkte manipuliert werden. Der Kampf um wirtschaftliche Ressourcen und Absatzmärkte wird auch mit der Waffe der Deutungshoheit betrieben. Eine Methode ist die Umwandlung eines Fachdiskurses in ein ideologisches Postulat durch die Politik und ihre lobbyistischen Hintermänner. Die erste Stufe dieser manipulativen Metamorphose ist die Umdefinition der Klimatheorie, so wie sie einige Fachorganisationen für sich reklamieren, in eine bindende Wahrheit. Das Dogma ist geschaffen, es ist die zweite Stufe. Wer es hinterfragt, wird als Häretiker verfolgt. Damit ist auch die erste Voraussetzung geschaffen, um den so ideologisch „gestylten“ Umgang mit der Klimatheorie in eine neue Form pseudoreligiöser Staatslehre zu überführen. Was wäre aber eine Staatsreligion ohne disziplinarische Mittel, um sie auch durchzusetzen?

Längst beschlossen: die Klima-Inquisition

Damit ist das Vorgehen in der dritten Stufe angekommen: die Inquisition. Wer nicht der Staatslehre folgt, wird marginalisiert, denunziert, wie ein Aussätziger vor die Tore der Stadt gejagt und am Ende existenziell bestraft. Unwahr? Keineswegs!

Im Jahr 2013 hat das Bundesumweltamt eine Broschüre über den Klimawandel initiiert. Darin stellt das Amt seine Sicht der Klimadebatte dar. Wer diese Debatte verfolgt hat, der erkennt schnell, dass diese Sicht genau den „Hardlinern“ der wirtschaftlich polarisierten Lobbyisten nahekommt. Das allein wäre noch zu verkraften, wenn nicht bereits die Praxis der Inquisition auf dem Fuße folgt. In Kapitel 11 verkündet das Amt den offiziellen Weg, wie seiner Meinung nach mit „Klimaskeptikern“ umzugehen ist. Im Folgenden werden dann wissenschaftliche Fachorganisationen und teils renommierte Fachautoren namentlich genannt und unter vernichtender Kritik

als „Klimaskeptiker“ diffamiert. Allein schon die Tatsache, dass Kritiker hier zu „Skeptikern“ umdefiniert werden, stellt einen unseriösen und beleidigenden Akt dar. Da werden beispielsweise ein „Europäisches Institut für Klima und Energie (EIKE)“ sowie Prof. Fritz Vahrenholt, Vorsitzender der Deutschen Wildtierstiftung, als Skeptiker tituliert. Die Autoren des Bestsellers „Die kalte Sonne. Warum die Klimakatastrophe nicht stattfindet“, Fritz Vahrenholt und Sebastian Lüning, wagen es, „grundlegende Erkenntnisse der Klimaforschung“ infrage zu stellen. Das alles seien „Thesen, die dem wissenschaftlichen Konsens widersprechen“ – Ein „Konsens“, der den Diskurs kategorisch ausschließt. Indem aber die Verallgemeinerung in der pauschalen Zuweisung „Klimaskeptiker“ gipfelt, ist ein Stigma geschaffen. Ihm werden alle suspekten Personen und Widersacher zugeordnet. Die Zwangs-Staatsreligion ist damit perfekt.

Seit Menschengedenken müssen sich Lehren mit Gegenlehren, Thesen mit Gegenthesen und muss sich Willen mit Widerwillen auseinandersetzen. Na und? Spätestens hier muss doch auffallen, dass das staatliche Bundesumweltamt auf dem Wege ist, eine elementare wissenschaftlich-fachliche Praxis der kultivierten Divergenz zu kriminalisieren. Mit Potsdam-Institut und diversen Stiftungen hat sich die politische „Elite“ längst ihre willfährigen Ratgeber gezogen. Gefüttert mit üppigen Etats eifern sie bis hin zum Papst, der folgerichtig pariert und das „Papamobil“ klimafreundlich elektrifiziert. Dafür werfen ihm die Kardinäle nun Distanzlosigkeit vor. Wie ärgerlich für die Klimapropheten, war die Eroberung des Papstes doch ein gelungener Coup. Dass aber Wissenschaft und fachlicher Diskurs auch vielfach frei und legitim durch Wirtschaft und Bürger gefördert werden, missfällt den so genannten Eliten. Deren Bestreben ist eindeutig: mit dem pauschalen Verweis auf „grundlegende Erkenntnisse der Klimaforschung“, womit natürlich nur die politisch gewollten Erkenntnisgeber gemeint sind, sollen alle anderen Meinungen geblockt werden. Mehr noch: allein schon

eine kritische Frage scheint nach der Lektüre des ministeriellen Pamphlets verboten zu sein.

Als Journalist Opfer ministerieller Denunziation

Eine noch härtere Qualität nimmt der Broschürenautor mit folgendem Satz an: „Auch in Zeitungen und Zeitschriften, Rundfunk und Fernsehen tauchen mitunter Beiträge auf, die nicht mit dem Kenntnisstand der Klimawissenschaft übereinstimmen. Bekannt für derartige Beiträge sind die Journalisten und Publizisten Dirk Maxeiner und Michael Miersch.“ Hier wird nicht nur darauf hingewiesen, dass selbst Rundfunk und Fernsehen Fehler bei der vorgegebenen Auslegung der Klimalehre passieren können. Vielmehr werden die Journalisten und Publizisten Dirk Maxeiner und Michael Miersch persönlich als „bekannt für derartige Beiträge“, also sinngemäß und pauschal als bekannt für Falschheiten dargestellt.

Damit hat das Bundesumweltamt zwei freie Journalisten und Autoren öffentlich verfemt, nur weil sie fachliche Auffassungen zur Klimatheorie anders interpretieren, als dies regierungsamtlich gewünscht ist.

In seiner abschließenden Bewertung resümiert das Amt,

- dass „... ein Konsens über die anthropogene Klimaerwärmung besteht“;
- dass „die Argumente der „Klimawandelskeptiker“ nicht mit diesem Konsens übereinstimmen“ und „nicht haltbar“ seien;
- dass „häufig Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler fremder Disziplinen und ohne Fachwissen“ mit „klimaskeptischen“ Thesen in der Öffentlichkeit auftreten.

Die Botschaft ist klar: wer kritisiert, ist fachfremd, unwissenschaftlich und als Person unhaltbar.

Die verfemte Demokratie

An dieser Stelle sei festgestellt, dass es dem Autor dieses Textes primär nicht um die Klimatheorie und die Schlüssigkeit der widerstreitenden Gruppen zu diesem Thema geht. Es geht um die Art, wie eine staatliche Stelle in einer beispiellosen, autoritären und im Übrigen einfach anmaßenden Diktion festlegt, was offizielle Denkrichtung zu sein hat und was „Journalisten und Publizisten“ zu erwarten haben, wenn sie es wagen, andere Meinungen zu vertreten oder auch nur über alternative Interpretationen des wissenschaftlichen Diskurses öffentlich nachzudenken. Das genau ist es, was das Bundesumweltamt will: das Nachdenken soll verhindert werden, weil es ja dazu führen könnte, die vorher festgelegte Wahrheit anzuzweifeln.

An dieser Stelle zeigt sich, in welchem Ausmaß dieses Bundesumweltamt die Basis unserer demokratischen Verfassung schon verlassen hat: denn ein solches Amt ist Ausführungsorgan politischen Willens, und der ist nicht zuletzt geprägt von parteipolitischen Interessen. Diese aber unterliegen gerade bei dem Milliardengeschäft „Energiewende“ starken Einflüssen von Lobbyisten. Ohne dies kriminalisieren zu wollen, muss doch darauf verwiesen werden, dass Nachdenken und geistig-inhaltliche Auseinandersetzung über die Ausflüsse politischen Willens erlaubt sein muss – ohne hinterher durch ein Ministerium diffamiert zu werden! Beispiellos auch die Borniertheit, mit der das Amt pauschal die „wachsende Zahl von Natur-, Geistes- und Wirtschaftswissenschaftlern, Ingenieuren, Publizisten und Politiker“ diffamiert und kriminalisiert, die ihr Recht auf freie Meinungsäußerung und Interpretation wissenschaftlicher Themen wahrnehmen. Und – auch das muss einmal gesagt werden: jeder Mensch hat auch das Recht, für letztlich absurde Überzeugungen einzutreten und zu irren, ohne deswegen vom Staat existenziell geschädigt zu werden. Die Autoren Maxeiner und Miersch sind jedoch weit entfernt davon.

Verbissenheit als Folge politischen Scheiterns

Nun gilt ein gewisses Recht auf Meinungsäußerung ja auch für das Bundesumweltamt höchstselbst. Da aber macht auch der Ton die Musik. Warum hat man nicht zu anderen Formulierungen gefunden? Warum kann man nicht mit bescheidenen Worten klären, dass die Bundesregierung nach reiflicher Prüfung zu einer Überzeugung gekommen ist und ein bestimmtes Vorgehen favorisiert? Warum hat man nicht erklärt, weshalb man sich für die einseitige Zusammenarbeit mit einer ganz bestimmten Gruppe Fachleute rund um das Potsdaminstitut für Klimafolgenforschung festgelegt hat? Warum geht man nicht gelassen damit um, dass es in jeder Disziplin auch andere, durchaus seriöse Fachinstitute gibt, die eben zu teilweise anderen Erkenntnissen kommen? Ja, warum lässt man nicht zu, dass in der Vielfalt von Meinungen, die unsere Demokratie bereichern sollten, Gewinn und Chance liegen?

An dieser Stelle wird deutlich, dass das diskussions- und ehrabschneidende Vorgehen der Bundesregierung in Sachen Klimadiskussion gewollt ist und insofern System hat. Schon längst krähen die Spatzen die Folgen einer völlig verfehlten Klima- und Energiewendepolitik von allen deutschen Dächern. Schon längst sind auch im Wust vieler überzogener Energiewende-Kritiken jene Wahrheiten unübersehbar, die das Scheitern und die kopflose, rein ideologische Steuerung der Energiewende demaskieren.

Die unübersehbare Zahl fundierter Pressepublikationen hat längst offenkundig gemacht, dass die Energiewende ein Desaster wurde. Sie ist das größte Betrugsprojekt deutscher Weltverbesserungspolitik nach dem 2. Weltkrieg. Schon längst hat die Mehrheit der Bürger kapiert, dass die Kritik des Sachverständigenrates der Bundesregierung und des Bundesrechnungshofes an der deutschen Energiewende- und Klimapolitik keine Peanuts mehr sind. Und man muss auch nicht

Fritz Vahrenholt, Dirk Maxeiner oder Michael Miersch heißen, um deutlich zu sehen und gültig hinzuweisen, dass mit dem Pamphlet des Bundesumweltamtes eine gescheiterte Bundesregierung mit heruntergelassener Hose ihre eigene, offenkundige Schweinerei zu beschönigen und mit Diffamierungen einzudämmen sucht.

Systemkritik bewirkt Existenzbedrohung

Die Autoren Dirk Maxeiner und Michael Miersch haben gegen die öffentliche Verfemung ihrer Arbeit und ihrer Personen geklagt. Dirk Maxeiner musste auf halbem Weg aufgeben, weil zum verursachten Imageschaden noch der Rechtsstreit seine wirtschaftliche Existenz bedrohte. Michael [Miersch](#) hat Berufung eingelegt und – verloren. Das Oberverwaltungsgericht Magdeburg hat für Recht erkannt, dass das Bundesumweltamt durchaus missliebige Journalisten öffentlich bloßstellen dürfe. Was für ein fragwürdiger Erfolg für die Demokratie?! Er zeigt, dass das Krebsgeschwür einer binnen weniger Jahre weithin durch die Politik ideologisierten und indoktrinierten Gesellschaft der Verteilungskämpfe mittlerweile bis in die Justiz gewuchert ist. Von den zahllosen Versuchen der Parteien, bestimmte Personen in Richterstellen zu lancieren, brauchen wir erst gar nicht reden.

Die Wahrheit der Profiteure

In dem Programmpapier „Vielfalt statt Gleichwertigkeit“ des Berlininstituts für Bevölkerung und Entwicklung wird die Enteignung und Aufgabe ländlicher Gebiete zu Gunsten der Erneuerbare-Energien-Profiteure als Beitrag zu mehr Vielfalt schöngeredet. Dort heißt es: „Wenn akzeptiert würde, dass nicht alle Regionen Deutschlands unter den gleichen Standards leben können, bedeutete das nicht weniger, sondern mehr Vielfalt – also auch mehr wohl verstandenen Reichtum.“ Hier

wird also einer Energiewende das Wort geredet, welche die Landbevölkerung unterwirft, subtil enteignet und verdrängt. Das alles geschieht unter dem Beifall des Bundesumweltamtes im Namen des Klimaschutzes, verbunden mit der Erwartung von „mehr Reichtum“. Für wen eigentlich? Auch müsste die dort geforderte Aufhebung des grundgesetzlichen Gleichheitsgebotes stutzig machen: sie wird als „Hinwendung zu mehr Vielfalt und Reichtum“ zurechtgebogen. Ein „Reichtum“, der im Namen von Klimalehre und Energiewende die Enteignung der Landbevölkerung, die Ausbeutung heimischer Naturlandschaften für Energieüberfluss und die industrielle Tötung geschützter Tierarten durch Unmassen von Windrädern propagiert?

Der Umgang des Bundesumweltamtes mit kritischen Journalisten und Wissenschaftlern demaskiert diese neue Art „Reichtum“ als Ausfluss einer „Energiewende“, welche die schändliche Umverteilung kleiner Einkommen nach oben sowie den Ausverkauf heimischer Landschaft gegen Kritiker mit Verfemung bewehrt. Immer wieder wird, nicht ohne pointierte Kritik, von regierungsamtlicher Seite auf das Medienverhalten der Bürger angespielt. Ein Anlass, einen Blick auf die Geisteswelt des Bundesumweltamtes und anderer Ministerien in den sozialen Netzwerken zu richten.

So fragt UBA-Amtsleiter Jochen Flasbarth am 16. Februar, ob denn eine umweltfreundliche Landwirtschaft möglich wäre (die unsägliche Kampagne des Bundesumweltministeriums mit den diffamierenden „Neuen Bauernweisheiten“ liegt erst kurz zurück!). Hier wird noch einmal verallgemeinernd auf die Landwirte draufgehauen, um dann süffisant von „Dialog Landwirtschaft“ zu sprechen.

Jochen Flasbarth, Twitter, 16. Februar



Umweltbundesamt @Umweltbundes... Feb 16
Umweltfreundliche Landwirtschaft? Geht das?
Fragen Sie den @bmub Staatssekretär
@JochenFlasbarth heute auf @TwitterDE
#DialogLandwirtschaft



Am 14. Februar „sorgt“ man sich demonstrativ um „tieffrequentem Lärm“, – die Klagen der Tausenden Bürger gegen 24-stündige Dauerbeschallung durch Windräder tut man als Lappalie ab.

UBA, Twitter, 14. Februar



Umweltbundesamt @Umweltbundes... Feb 14
Tieffrequenter Lärm - wie können Menschen
besser geschützt werden? UBA stellt dazu am
14.3.17 Forschungsprojekt vor
umweltbundesamt.de/service/termin...

Am 8. Februar sorgt sich UBA-Präsidentin Krautzberger über die „gute Trinkwasserqualität“. Währenddessen wurde das Flora-Fauna-Habitat Greinereck gegen jeden Naturschutz-Standard zum Industriegebiet umgewandelt und es flossen – ganz nebenbei – angeblich 4000 bis 5000 Liter Ölgemisch ins Naturschutzterrain. Die Verwaltung mauert. Kein Wort dazu vom UBA.

UBA, Twitter, 8. Februar



Umweltbundesamt @Umweltbundesamt Feb 8
UBA-Präsidentin @MKrautzberger eröffnet die 25. Wasserhygienetage in Bad Elster und lobt dabei die gute Trinkwasserqualität in Deutschland.

Maria Krautzberger @MKrautzberger
Sichere Wasserversorgung ist hohes Gut+ wesentlicher Bestandteil unseres Wohlstands. Wir haben Verpflichtung alles zu tun, dass es so bleibt.

Am 8. Februar erkennt das UBA, dass Tempo 30 in Wohngebieten wirklich der Umwelt dient. Die Forschung des physikalischen Instituts der Universität Heidelberg (Dubbers et al.), derzufolge Temporeduzierung auf Autobahnen mehr fürs Klima bringt als alle Windräder zusammen, will das UBA postfaktisch nicht zur Kenntnis nehmen.

UBA, Twitter, 8. Februar



Umweltbundesamt @Umweltbundesamt Feb 8
UBA-Studie zeigt: Tempo 30 verbessert Umweltqualität, Sicherheit und Verkehrsfluss. Anwohner nehmen Entlastung wahr. [umweltbundesamt.de/themen/tempo-3...](https://umweltbundesamt.de/themen/tempo-30)

Am 18. Januar fordert das UBA, dass Agrar-Subventionen für Landwirte „sozialer“ werden sollen. Von der extrem ungerechten, sozialen Verwendung der Energiewende-Subventionen sowie der Erhebung der EEG-Umlage spricht das UBA nicht.

UBA, Twitter, 18. Januar

Umweltbundesamt retweeted



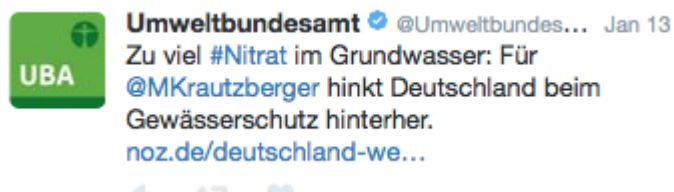
BMUB @bmub Jan 18
Agrar-Subventionen sollen sich stärker nach ökologischen und sozialen Leistungen der Landwirte richten: bmub.bund.de/N53913/



Am 13. Januar fordert das UBA mehr Gewässerschutz ein. Die

Auswirkungen von Vermaischung und Biogasanlagen für heimische Vorfluter und Gewässer werden negiert, entsprechende Publikationen als „Panikmache“ kleingeredet.

UBA, Twitter, 13. Januar



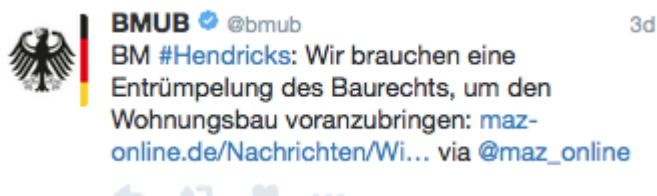
Am 5. Januar erkennt das UBA, dass „57 Milliarden umweltschädliche Subventionen“ in Verkehr dem Klimaschutz zuwider laufen. Dass mehr als 500 Milliarden Euro Deutschland dem erklärten Klimaziel keinen Millimeter weiterbrachten, wird verschwiegen.

UBA, Twitter, 5. Januar



Am 28. Februar will Bundesumweltministerin Barbara Hendricks baurechtliche Normen abschaffen, – dass schlechte wirtschaftliche Rahmenbedingungen eine der Hauptursachen für mangelnden Wohnungsbau sind, bleibt unbeachtet.

UBA, Twitter, 28. Februar



Am 26. Februar lobt das Bundesumweltministerium die Umwandlung ehemaliger militärischer Sperrgebiete in Biotope. Dass immer mehr Biotope, FFH-Gebiete, Biosphärenreservate und heimische Naturlandschaften zu „Sperrgebieten“ wegen Windrädern und Rotoren-Eiswurf werden, bleibt unerwähnt.

UBA, Twitter, 26. Februar



Am 24. Februar rümpfen „kritische Bürger“ die Nase über ein angebliches Ernährungsdiktat in der Kantine des Bundesumweltministeriums. Zweifellos erfolgte der Dialog im gesellschaftlichen Kontext steter Forderungen von Bündnis90/Grünen nach Erziehungsmaßnahmen für die Essgewohnheiten der Deutschen. Doch ohne Zögern wird die Bürgerkritik mit flapsigen Kommentaren plattgebügelt.

UBA, Twitter, 24. Februar



Am 22. Februar retweetet das Bundesumweltministerium ein Posting des Bundesamtes für Naturschutz. Darin ist von der Sorge um die in Bedrängnis geratenen Seevögel die Rede. Doch ungeachtet dessen wird die flächendeckende Windkraft-Verspargelung an den Nord- und Ostküsten direkt in den Jagd-

und Rückzugsgebieten der Seevögel hingenommen. Keine Frage: die ist ja für den „guten Zweck“ der regierungsamtlich abgesegneten „Energiewende“, auch wenn sie wissenschaftlich erwiesen gar nichts wendet.

UBA, Twitter, 22. Februar



The screenshot shows a Twitter thread. At the top, a tweet from **Detlef Bahlke** (@DetlefBahlke) says: "Allein auf derartige Anordnungen zu kommen, jedermann die Selbstbestimmung zu nehmen, wie er sich zu ernähren gedenkt ist anmaßend". Below it is a retweet from **BMUB** (@bmub) with the text: ".@BILD verliert: An beiden Hauptsitzen d @bmub gibts heute Fisch: In Bonn Seelachsfilet, in Berlin Schollenfilet". The retweet includes a small image of a newspaper clipping with the headline "Ministerin Bismarck 104. SPN ver-". At the bottom, a reply from **BMUB** (@bmub) says: ".@DetlefBahlke Sie geben eine blühende Phantasie zu erkennen, um die sie nicht zu beneiden sind @BILD".

Am 19. Februar wiederum freut sich Bundes-Umweltstaatssekretär Jochen Flasbarth über einen „eindrucksvollen Film über unser Nationales Naturerbe“. Für den flächendeckenden Niedergang deutscher Naturlandschaften im Namen einer insuffizienten Energiewende-Klimapolitik findet er kein Wort. Vielmehr muss man in dem Rückzug auf ausgewiesene „Naturschätze“ die Strategie vermuten, das deutsche Naturerleben auf wenige „Naturmuseen“ zu reduzieren, um die Fläche ländlicher Regionen hemmungslos zu Energie-Sonderzonen umzuwandeln.

UBA, Twitter, 19. Februar

BMUB retweeted



Jochen Flasbarth @JochenFlasbarth Feb 19
Ein eindrucksvoller Film über unser
#NationalesNaturerbe - Naturschätze für
Deutschland. youtu.be/rpodiazJLOQ

Am 19. Februar beklagt sich gar eine Susanne Günther, dass der @Bauerholtz vom Lesen der ministeriellen Twitter-Absonderungen des BMUB abgeschnitten wurde. Doch da zeigt das Ministerium Gnade, nicht ohne oberlehrerhafte Zurechtweisung.

UBA, Twitter, 19. Februar]



Susanne Günther @schillipaepa Feb 19
@bmub Der @BauerHolti kann nicht mehr
sehen, was Sie treiben 🍌🍌🍌🍌🍌🍌🍌🍌

← ↻ ❤️ ⋮



BMUB @bmub

.@schillipaepa Dem Manne kann geholfen werden! Aber gut aufpassen, @BauerHolti, und nicht soviel schimpfen 😊

11:06pm · 19 Feb 2017 · Twitter for iPhone

Am 21. Februar mokiert sich das vielfach politisch gemobbte (weil angeblich konservative) Internetportal „Achse des Guten“ über irritierende Schriftzeichen des Bundesfamilienministeriums. Die höchstselbst regierungsamtliche Antwort verweist auf „Menschen mit Lernschwierigkeiten und Leseschwächen...“.

UBA, Twitter, 21. Februar



Die Achse des Guten @Achgut_com Feb 21
Fundstück: Leichte Kost für das dumme Volk.
Das bee emm eff ess eff jott erklärt die
Demokratie ow.ly/KzbW509Hg8F



BMFSFJ ✓
@BMFSFJ

.@Achgut_com Unsere Angebote in leichter
Sprache helfen Menschen mit
Lernschwierigkeiten, Leseschwächen oder
geringen Deutschkenntnissen.

10:17am · 21 Feb 2017 · Twitter Web Client

Dieser Exkurs ließe sich beliebig fortsetzen und irgendwann keimt auch in dem wohlmeinendsten Leser die Frage auf, ob bürgerliche FakeNews vielleicht nicht Ursache, sondern Auswirkung regierungsamtlicher Desinformation sind. Außerdem nähren diese Administrationen die Frage, auf welcher Seite des Regierungstisches da wirklich „Menschen mit Lernschwierigkeiten und Leseschwächen“ sitzen.

Das Resümee ist bei alledem schlicht. Die Regierung und ihre Administrationen haben erkannt, dass es einen Hauptfeind gibt, den es in Schach zu halten gilt: den Bürger, vor allem den mündigen. Mit dem Urteil gegen den Journalisten und Autor Michael Miersch ist jetzt Tür und Tor geöffnet, um missliebige Geister durch amtliche Pamphlets zu diffamieren und zu schädigen. In der politischen Riege sind es teilweise dieselben, die #FreeDeniz zur Befreiung des WELT-Korrespondenten Deniz Yücel fordern, und gleichzeitig die Niederschlagung jeglicher Manöverkritik an der ideologischen Klima- und Energiewendepolitik. Das Magdeburger Urteil ist ein Pyrrhussieg für die politischen Administratoren. Die Wehrhaftigkeit gegen jegliche politisch gesteuerte Indoktrination wird sich durchsetzen.

© Jörg Rehmann – All rights reserved

Links:

- www.miersch.media
 - [Marijn Poels: "The Uncertainty Has Settled"](#)
-

Ruhrkultour Leseempfehlung:



Geopferte Landschaften

vorbestellbar

Taschenbuch (September 2016)

16,99 EUR*



Die Energiewende soll unser Klima retten – doch sie zerstört die Natur und die letzten halbwegs unberührten Landschaften. Flächendeckend wird das Land mit Windrädern vollgestellt, Vögel und Fledermäuse verenden elendiglich in den Rotoren der riesigen Windkraftwerke. Mais und Raps, großflächig als Energiepflanzen angebaut, laugen die Böden aus und zerstören die Brutstätten ohnehin gefährdeter Vogelarten.

Und der Ertrag all dieser Verwüstungen? Es brauchte die gesamte Fläche des Saarlandes, um gerade einmal 20 % unseres Stroms durch Windkraft zu erzeugen. Dabei gäbe es einfachere Mittel, eine Energiewende zu verwirklichen: Allein die Reduktion des Kraftstoffverbrauchs im Verkehr um 8 % könnte alle derzeit aktiven Windräder überflüssig machen. Ein überfälliges Debattenbuch!

Autoren sind u.a. Georg Etscheit, Martin Flade, Erich Gassner, Gottfried Knapp, Hans Kratzer, Johannes Müller-Franken, Enoch zu Guttenberg, Harry Neumann, Werner Nohl, Niko Paech, Jörg Rehmann, Kunibert Wachten, Hubert Weinzierl, Nikolai Ziegler.

*Georg Etscheit ist Beirat im VLAB.
<http://www.landschaft-artenschutz.de/>*